



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1925

370 (13.8.1925) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-223083](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-223083)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Belegblätter: In Mannheim und Umgebung drei bis fünf oder durch die Post monatlich R. M. 2.50 ohne Belegblätter. Bei sonstiger Bestellung der wöchentlichen Belegblätter monatlich R. M. 1.75. — Geschäftsstellen: Hauptstadt Mannheim, Schwanenstraße 24, Kreisstraße 11. — Fernr. Nr. 7941-7945. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif bei Vorauszahlung pro einzelne Zeile für 14 Tage. Bei längerer Anzeigenzeitung 0,40 R. M. pro Zeile. Bei Anzeigen in besonderen Lagen, Stellen und Ausgaben wird keine Besondere Berechnung vorgenommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechnen zu keinen Erhöhungen für ausgedehnte oder beschleunigte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Nachr. d. Fernr. ohne Gewähr. Verlagsb. Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Das Echo der Londoner Besprechungen

Große Zurückhaltung in Berlin

Berlin, 13. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Begreiflicherweise beobachtet man in Berliner maßgebenden Kreisen gegenüber dem angeblichen Ergebnis der Londoner Verhandlungen große Zurückhaltung. Man verfolgt jedoch mit lebhaftem Interesse das Resultat der französisch-englischen Besprechungen, wie es sich aus den Pressemitteilungen mehr oder minder deutlich ergibt. Nach dem englischen Communiqué steht die Formel der Note noch nicht fest. Außerdem soll sie noch in Brüssel, Rom und Lissabon vorgetragen werden, so daß sie schwerlich bei der zu erwartenden Haltung Italiens schon in vier bis fünf Tagen, wie die Pariser Presse annimmt, in Berlin überreicht werden können.

Wiel bemerkt wird hier, daß die englischen Blätter großen Nachdruck auf die Feststellung legen: Endgültiges sei nicht geschaffen worden. Die großen Fragen seien lediglich versuchsweise gelöst und bleiben noch wie vor.

Zur freien Aussprache Deutschland offen

Im einzelnen tut sich, nach Umrissen, das Ergebnis der Verhandlungen etwa in folgenden Feststellungen kund:

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gehört vor das Gremium des Bundes selbst. Französische Stimmen betonen dazu, daß Frankreich den Deutschen bei ihrem Eintritt keine Konzessionen machen werde. Demgegenüber hält man hier an dem Ziel der tatsächlichen Befriedigung Europas und an dem Vorbehalt, der die allermindeste Sicherung der etwaigen Gewaltmaßnahmen zu bieten scheint. Ferner beschäftigt man sich mit den Rückwirkungen des Sicherheitspaktes auf die besetzten Gebiete. Hier liegt im Vordergrund der französische Verzicht auf das Recht zu unmittelbaren Sanktionen. Die Franzosen haben scheinbar durchgesetzt, unmittelbar eingreifen zu können. Das den Westpakt anlangt, so hat man den Unterschied zwischen logoranten und weniger logoranten Fällen der Vertretung geschaffen. In logoranten Fällen wollen die Franzosen den Charakter als Vertragspartner gewahrt wissen, der sie berechtigt, militärisch einzugreifen.

Dem widerspricht der deutsche Standpunkt, der zwar auch eine Garantie der Mächte, aber nicht ohne ein objektives Verfahren vorsieht. Die Gefahr liegt ja, wie leicht ersichtlich, darin, daß der Vertrag, der die Entscheidung über die Schwere der Vertragsverletzung fällen kann, nach Belieben über Krieg und Frieden entscheidet. England hat daran nur ein neugieriges Interesse, da es ihm auch eine juristische Fixierung seines Wunsches ankommt, sich bei einem Konflikt möglichst einer trilateralen Intervention enthalten zu können.

Kurze Erholung für Kanzler und Außenminister

Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) Sowohl der Reichskanzler wie der Reichsaußenminister werden morgen oder übermorgen Berlin verlassen, um sich etwas von den Strapazen der letzten Tage zu erholen. Wenn die Ueberreichung der französischen Note gemeldet wird, werden beide Herren rechtzeitig wieder in Berlin eintreffen.

Ein englisches Communiqué

Nach Beendigung der Sitzung im Foreign Office wurde folgendes Communiqué veröffentlicht: Die Unterredung zwischen Briand und Chamberlain haben zu einer vollkommenen Verständigung über die Wahrung der Antwort geführt, die von der französischen Regierung im Einvernehmen mit den alliierten Regierungen als Erwiderung auf die letzte deutsche Note über die gegenseitigen Garantien und Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen werden wird. Diese Verhandlungen haben jetzt zu einem Meinungsaustrausch über den von einer Sicherheitsgelegenheit geboten. Ein derartiger Pakt kann erst endgültige Formen annehmen, wenn Verhandlungen darüber zwischen den Vertretern aller beteiligten Parteien geführt sein werden. Die Besprechungen in London haben sehr dazu beigetragen, weitere Besprechungen zu beschleunigen, die es ermöglichen werden, zu einem Endergebnis zu kommen.

Ein Abkommen ohne Opfer

Die Ergebnisse der Londoner Besprechungen werden von der Berliner Oppositionsseite mit allerhand Verdächtigungen und offener Kritik aufgenommen, während die Regierungsblätter sich im allgemeinen der Kommentare enthalten oder sich damit beschränken. So erklärt das „Neue“, daß man es allerdings zu einer Zeit mit einer formalistischen Diktate von Schiedsgerichtsverträgen und Garantien zu tun haben werde, daß aber das meiste derlei bei einem Abkommen ohne Opfer zustande gekommen und ohne daß eine der Parteien Gewalt empfinde. — Der „Petit Parisien“ erklärt, daß die nächste Frage die Antwort Deutschlands sein werde. Deutschland werde Gelegenheit haben, seine Autonomie zu beweisen, indem es eine vorbehaltlose Zustimmung zum Völkerbund vorlegen werde und die Garantien der alliierten Mächte rasch erfüllt. Die Oppositionsseite dagegen zeigt sich weniger optimistisch. Sie tritt Briand zum Teil vor, kapituliert zu haben und in dem Punkte mit seinem Londoner Kollegen im Foreign Office über die Besetzung zu sein. Besonders wird man ihm die Wiederholung der Frage des Artikels 44 des Versailler Vertrages eine Vorbedingung zu haben, indem ein deutscher Angriff auf das Ausland in Zukunft nicht mehr unbedingt als ein casus belli angesehen werden soll, sondern nur im Falle eines flagranten Angriffes.

Das „Echo de Paris“ schreibt, daß die Londoner Verhandlungen Frankreich einige provisorische Gewinne, aber eine erhebliche Verluste gebracht hätten. Die Besprechung Chamberlain-Briand gleiche den Konferenzen über die Reparationsfrage. Jede dieser Konferenzen habe Frankreich Verluste einbringe. Nachdem man mit astronomischen Zahlen begonnen habe, lasse man schließlich beim Vorkommen gelandet. In der Sicherheitsfrage habe man mit dem englisch-amerikanischen Sicherheitspakt noch die Gefahr und man laufe jetzt Gefahr, als letzte Garantie nur noch diejenige des Völkerbundes zu erlangen.

Die „Action française“ überschreibt ihren Artikel: „Die Londoner Kapitulation“

Briand habe in der Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund kapituliert, denn die Kamodie der provisorischen Zulassung könne niemanden täuschen. Deutschland werde diese Erniedrigung ausnutzen. Briand habe ebenfalls Konzessionen in der Frage der Schiedsgerichtsverträge gemacht, denn zwischen einem logoranten Angriff und einem weniger logoranten Angriff werde man nie genau unterscheiden können. — Der „Gaulois“ schreibt, das glänzendste Resultat der gestrigen und vorgestrigen Besprechung liege in dem Beweise, daß Deutschland nicht auf ernstliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London zählen dürfe, um den Garantiepakt zu entstellen oder daraus den Ausgangspunkt für die Revision des Versailler Vertrags zu machen. — „Journal d'industrie“ lobt Briand ein, sich des Unterschieds bemüht zu werden, der zwischen der Finanzfrage und der Sicherheitsfrage bestehe. In der Finanzfrage handle es sich nur darum, ob Frankreich mehr oder weniger gut lebe, in der Sicherheitsfrage aber darum, ob es überhaupt leben könne. Es sei gewiß, daß Briand diese grundlegende Wahrheit genügend kenne, es werde aber in Europa in den nächsten Wochen genöthigt sein, die sich den Anschein geben wollen, diese Wahrheit nicht zu kennen.

Pariser Stimmungsmache

Paris, 13. Aug. (Von unserm Pariser Vertreter.) Das „Petit Journal“ stellt zusammen, welche hauptsächlichsten Fragen noch bei den späteren Besprechungen erledigt werden sollen:

1. Die genauen Bedingungen, unter welchen Deutschland berechtigt sei, seinen Antrag auf Eintritt in den Völkerbund zu stellen. Es steht fest, daß weder London noch Paris Deutschland von den Bestimmungen des Artikels 16 suspendieren will. Ueber die sonstigen Bedingungen, unter denen der Eintritt vor sich gehen soll, herrscht noch kein absolutes Einvernehmen;
2. Soll festgesetzt werden, wie es möglich ist, in einer verhältnismäßig sicheren Weise den Angreifer im Falle eines Krieges zu bestimmen;
3. Ist festzustellen die Art und Weise, wie die französische Garantie der Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn interpretiert werden soll.

England will in dieser Beziehung sich unter keinen Umständen binden. Es ist der Meinung, daß der Pakt, der die Sicherheit der westlichen Grenzen garantiert, eine genügende Sicherheit für den Frieden Europas in sich schließt.

Strzynski wartet auf Briand

Der polnische Außenminister Strzynski ist am Mittwoch von seiner Reise aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt und in Paris eingetroffen. Er wird nach dem „Petit Parisien“ Paris erst verlassen, nachdem er mit Briand eine Unterredung gehabt hat.

Völkerbundesrat am 2. September

Der Völkerbundesrat wird am 2. September zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht als wichtigster Gegenstand die Resolution über die Ende der vergangenen Woche der Bericht der Studienkommission veröffentlicht wurde. Ferner die Festsetzung des Danziger Holenobietes, wie sie durch das Gutachten des internationalen Gerichtshofes in polnisch-Daniger Holenobietes festgestellt worden ist. Die Frage des Wiederaufbaus Dellerlands und Linnarins, die auf keiner Tagesordnung steht, erscheint auch diesmal unter den Beratungsgegenständen und weiter eine Reihe von Wiederholungsfragen. Ferner wird der Rat die Berichte der verschiedenen Kommissionen des Völkerbundes zu prüfen haben.

Kein Verständigungswille bei Polen

In der polnischen Presse werden die in der letzten deutschen Note angeführten Zahlen als erfunden bezeichnet. Nicht 17 000 von 20 000 Oplanten hätten Polen bis zum 1. August verlassen, sondern 8500. Ferner wären im April des Jahres nur 4200 polnische Oplanten in Deutschland vorhanden gewesen, von denen etwa 1000 nicht abgewandert seien. Der in der deutschen Note erwähnte Gedanke, die weiteren Oplantenausweisungen bei den nächsten Terminen durch gegenseitige Verständigung zu vermeiden, findet ein warmes Echo nur bei den Sozialisten, so daß bedauerlicher Weise eine Hoffnung auf Verständigung in der Oplantenfrage und auf eine Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht besteht, da die große Mehrheit der nationalpolnischen Parteien die Politik der Faust befürworten und einen sehr starken Druck auf die Regierung ausüben.

Polnische Stimmungsmache in Amerika

Die polnischen Versuche, die öffentliche Meinung Amerikas in der Ausweisungfrage zu beeinflussen, gehen augenscheinlich mit Erfolg ungehindert weiter. So veröffentlicht heute die polnische Gesellschaft in Newyork ein Kabeltelegramm der polnischen Regierung, das besagt, daß Polen bei der Ausweisung der deutschen Oplanten sich stark von humanitären Erwägungen leiten lasse und besonders alte und kranke Leute schonend berücksichtige. Alle Abgewanderten seien nach Schicksal trotz der dort herrschenden ungünstigen Verhältnisse freiwillig gegangen. Von einer Massenausweisung könne überhaupt nicht gesprochen werden, sondern lediglich von einem Austausch von Personen, die in logischer Konsequenz ihres Wunsches, nicht die Nationalität zu wechseln, jetzt im Lande ihrer Wahl wohnen sollen.

* Der belgische Ministerium im Falle Graff. Nach einer Mitteilung der Agents Delege soll der Fall Graff einem gemischten deutsch-belgischen Gerichtshof unterbreitet werden. Nach der Prüfung durch das Justiz- und Außenministerium sei man nunmehr in Belgien zu der Auffassung gelangt, daß seitens Belgiens ein Justizverbot vorliegt.

Ein Schritt vorwärts?

Zwei Tage war Briand in London. Am heutigen Donnerstag bereits reist er wieder nach Paris zurück, wo er von dem von seiner Amerikareise zurückgekehrten polnischen Außenminister Strzynski erwartet wird. Was hat nun Briand in London erreicht, welches Ergebnis hatten die Besprechungen mit seinem englischen Ministerkollegen Chamberlain? Um dieses zu beantworten, muß man sich zuerst die Frage vorlegen bezw. in sich noch einmal vergegenwärtigen, zu welchem Zwecke Briand nach London fuhr. Er fuhr über den Kanal mit einem von ihm selbst entworfenen Paktentwurf in der Tasche und mit der Absicht, alle Mienen springen zu lassen und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Chamberlain so für diesen französischen Paktentwurf einzunehmen, daß eine gemeinsame englisch-französische Front dem von Deutschland ausgehenden Paktentwurf gegenüber geschlossen werden könnte. Ueberflüssig zu betonen, daß eine so zustande gekommene Ueberbrückung der englisch-französischen Gegensätze in der Auffassung des Sicherheitsproblems nur und ausschließlich auf Kosten Deutschlands hätte geschehen können.

Doch auch die französischen Blätter räumen nicht überall so, wie man das in Paris so gerne ausmacht. Das sehen wir in Marokko, neuerdings auch in Syrien und nun auch in der Weiterentwicklung des Sicherheitsproblems. Briand ist in London zwar aufs freundlichste empfangen und auch vom König Georg in freundschaftlicher Audienz begrüßt worden, aber in der Sache selbst hat er offenbar nicht viel erreicht. Die Engländer wissen eben ganz genau, was sie wollen und was sie nicht wollen und wenn sie auch in den letzten Jahren mit Rücksicht auf ihre weltweiten weltpolitischen Interessen oft nicht so konnten, wie sie gerne gewollt hätten, so kommt jetzt doch die Zeit gekommen zu sein, wo die Franzosen mehr auf die Engländer Rücksicht zu nehmen haben und angewiesen sind als umgekehrt. Daß sich diese beiden Hauptstützen der sogenannten cordiale längst nicht mehr so recht trauen, daß die auch jetzt noch bei allen festlichen Anlässen usw. betonte Freundschaft und Einigkeit viel mehr äußerliche Maske als Herzenssache ist, weiß inzwischen die ganze Welt. Auch in den letzten Tagen konnte man z. B. in englischen Zeitungen lesen, daß die Engländer den französischen Plänen in Marokko mit dem größten Mißtrauen begegnen und die Franzosen wiederum nehmen nicht den geringsten Anstand zu behaupten, daß die Engländer bei der Entscheidung des Drujenauaustandes in Syrien ihre Hände im Spiel gehabt hätten.

Daß die Uneinigkeit zwischen Franzosen und Engländern uns nur zum Vorteil gereichen könnte, wie viele meinen, ist durchaus nicht ohne weiteres sicher. Nach den vielen bitteren Erfahrungen, die wir gerade in dieser Hinsicht gemacht haben, erscheint uns eine solche größte Vorsicht und Zurückhaltung geboten zu sein. Immerhin muß festgestellt werden, daß noch bevor Briand nach London kam, die englische Presse von vornherein betonte, daß der bereitgestellte Paktentwurf der deutschen Presse, England würde sich auch diesmal den französischen Wünschen fügen, der Grundlage entbehere, weil England keinesfalls einer Lösung der Paktfrage zustimmen werde, die den englischen Interessen widerspräche, was man mit Bezug auf den von Briand ausgehenden Paktentwurf sagen müsse. Daß England sich jetzt freier fühlt als in den letzten Jahren, scheint uns auch daraus hervorzugehen, daß Baldwin sich durchaus nicht genierte, seinen Kollegen Briand, der ungebührlich drängte, schon in voriger Woche nach London zu kommen, abzusagen, weil die mit dem drohenden Bergarbeiterstreik auf dem Spiele stehenden rein englischen Interessen dem englischen Ministerium doch ungleich wichtiger erschienen, als das Anhören der langsam bekannnten französischen Wünsche zur Lösung des Sicherheitsproblems.

Was ist nun das Ergebnis der zwelitägigen Paktbesprechungen zwischen Briand und Chamberlain? So klipp und klar wie man gern möchte, läßt sich diese Frage nicht beantworten. Aus dem Wort der sich nur gar zu oft gegenseitig widersprechenden Reden, den die französische und die englische Presse darüber bringt, kann aber herauslesen, was er will. Doch gerade diese Unklarheit zeigt unser Erachtens, daß es zu der von Briand so sehr geschätzten erhofften Zustimmung Englands zu dem neuen französischen Paktentwurf nicht gekommen ist. Was eigentlich in London beschlossen ist, geht auch aus den von beiden Seiten veröffentlichten Communiqués nicht klar hervor. Dazu sind die Communiqués viel zu widersprüchlich. Immerhin lassen sich doch daraus verschiedene wichtige Schlüsse ziehen. Der wichtigste ist wohl vor allem die Feststellung, daß der Verhandlungsfaden weiter gesponnen wird und daß die Frage, wie er weiter gesponnen werden soll, auf einer in Kürze in Brüssel oder in Genf stattfindenden internationalen Paktkonferenz auch Deutschland gehört werden wird. Das ist für uns zwar eine selbstverständliche Voraussetzung, daß die Gegenseite, die bekanntlich ursprünglich einen Sicherheitspakt ohne die Teilnahme Deutschlands plante, dies jedoch nun ausdrücklich anerkennen muß, ist für uns, die wir so lange Objekt der Weltpolitik waren, schon ein Fortschritt. Ein erfreuliches Zeichen für die innere Konsolidierung Deutschlands, das Wachsen unserer inneren Widerstandskraft und unseres nationalen Selbstbewusstseins ist es auch, daß unsere Reichsregierung fest entschlossen ist, bei der Lösung des uns an und für sich sehr am Herzen liegenden Sicherheitsproblems seiner Regelung zuzustimmen, die mit den deutschen Interessen in Widerspruch steht und dazu angeht, daß Deutschland dauernd in Gefahr zu halten und den deutschen Wiederaufstieg zu verhindern.

Das gilt besonders hinsichtlich der Bedingungen, die wir für einen voll. Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stellen müssen. Nur Partnern, die gleiche Rechte haben, können auch gleiche Pflichten auferlegt werden. Bestehen die Alliierten auf einem bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, besteht vor allem das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich, wie jetzt wieder gemeldet wird, auf seinem Durchmarschrecht durch das waffenlose Deutschland, dann brauchen wir über einen Eintritt in den Völkerbund überhaupt nicht mehr zu diskutieren. Wenn die Franzosen den Völkerbund noch immer lediglich als eine Vereinnahmung der Siegerstaaten zur Sicherung der Kriegsbeute und zur dauernden Niederhaltung Deutschlands betrachten und nur darauf aus sind, den nur internationalen Erörterung stehenden Sicherheitspakt den selbstfälligen Interessen und den niedrigen Instinkten Frankreichs dienstbar zu machen, dann müssen wir es selbstverständlich ablehnen, nur Verwirklichung solcher Besetzungen noch selbst mitzubefahren. Und ebenso ist es mit der Sanktionsfrage. Steht die französische Regierung, wie eine Pariser Zeitungsmeldung behauptet, immer noch auf dem Standpunkt, daß schon eine teilweise Nichterfüllung der uns auferlegten Reparationsverpflichtungen ein hinreichender Grund für französische Sanktionen ist, so beweist das aller Welt, daß man auf der Geheißseite von dem neuen Geiste noch keinen Hauch verspürt hat. Der unferes Erachtens die unumgängliche Voraussetzung ist für das Zustandekommen eines gegenseitigen Sicherheitspakts und damit der von allen Völkern so

beiz erhalten Befriedigung Europas. Daß zu der internationalen Politik, die im Gegensatz zu einer geistigen Welt, auf angenehmen Drängen Englands nun doch bereits für nächsten Monat in Aussicht genommen ist, auch die Polen und Tschechen eingeladen sind, kann uns nur recht sein. So werden wir die schönste Gelegenheit haben, ihnen Augen in Augen sagen zu können, was wir auf dem Herzen haben und wie wir über die auf die Dauer völlig unhaltbaren Verhältnisse, an der uns mit dem Versailles Diktat aufgezungenen deutschen Offensiv denken.

Die dahin erzielte es uns im Hinblick auf die hier, verwirrende Fälle tendenzieller Redaktionen aus allen möglichen Quellen am zweckmäßigsten, auf alles Mißtrauen und auch auf alle Prospektionsübungen zu verzichten. Wirten wir zunächst einmal ab, was die in den letzten Tagen in London zusammengetragene Antwort auf unsere Note vom 20. Juli bringt. Nach vor Ende der Woche soll sie in Berlin eintreffen. Dann wird es uns ein Leichtes sein, festzustellen, ob das Ergebnis der Londoner Besprechungen tatsächlich, wie von den Engländern behauptet wird, einen "Schritt nach vorwärts" bedeutet. Einen "Schritt nach vorwärts" nicht nur nach englischer, aber gar nach französischer, sondern nach deutscher Auffassung.

H. A. M.

Das beschlagnahmte deutsche Eigentum in Amerika

(Spezialbeilage der United Press)

Washington, 13. August. Botschafter v. Welshoff überreichte, wie bereits kurz gemeldet, dem Staatsdepartement eine Note, in der Deutschland gegen die Verzögerung der Freigabe des deutschen Privatbesitzes protestiert. Nach der deutschen Auffassung sei das beschlagnahmte deutsche Eigentum gemäß dem Berliner Vertrag zurückzugeben, sobald Maßnahmen getroffen seien, die Ansprüche der Vereinigten Staaten an Deutschland zu sichern. Die Bedingung sei durch das Pariser Abkommen erfüllt worden, das Amerika einen Anteil an den Reparationszahlungen zuweist, der von beiden Staaten als allen Anforderungen genügend angesehen werde. Allerdings seien diese Vereinbarungen später durch den Londoner Vertrag, der Deutschland alle über den Rahmen des Dawesplanes hinausgehende Zahlungen unterlagte, annulliert worden. Aber Amerika wolle aus dieser Annullierung keine Folgerungen ziehen, denn Amerikas Vertreter in London, der frühere Staatssekretär Clegg, habe das Recht der Vereinigten Staaten, an dem Dawesplan teilzunehmen, unterstreicht. Welshoff betonte die Wiederholung der Note, daß Deutschland sich für berechtigt halte, die Rückgabe aus Gerechtigkeits- und Billigkeitsgründen zu fordern. Auch wies er darauf hin, daß aus wirtschaftlichen Gründen Deutschland das in Amerika festgehaltene Kapital bedürfe.

Dem deutschen Schritt wird in politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen, weil Deutschland im Gegensatz zu Amerika, das die Frage bisher als rein innenpolitische und als lediglich der Durchbildung des Kongresses unterworfen anließ, die Auffassung vertritt, daß es sich um eine internationale Verpflichtung handele, die zwischen den beiden Regierungen gefaßt werden müsse.

Das auswärtige Amt hält sich über die Angelegenheit in Schweigen und erklärt nur, daß die Note einem sorgfältigen Studium unterworfen werde. Doch herrscht die Auffassung vor, daß die Regierung sich in einer schwierigen Lage befindet. Es besteht nämlich eine von den Kongressmitgliedern Knox und Porter eingebrachte Resolution, die eine Zurückhaltung des deutschen Eigentums verlangt, bis geeignete Maßnahmen zur Sicherung der amerikanischen Forderungen getroffen seien. Nun hat die Regierung zwar bei Berlin, daß das Pariser Abkommen eine solche geeignete Maßnahme darstelle, weiltens habe sie dem Kongress gegenüber erklärt, daß dieser allein über die Frage zu befinden habe. Jetzt sieht sich die Regierung gezwungen, anzugeben, welcher Art denn die Maßnahmen sein müßten, um in fraglichem Falle als befriedigend angesehen zu werden.

Auch soll Welshoff darauf hingewiesen haben, daß die Arbeit der Kommission für die gemischten Ansprüche sich ihrem Ende nähert. Die amerikanischen Ansprüche dürften sich insgesamt auf weniger als 200 Millionen Dollar stellen, wozu allerdings noch etwa ein Drittel als ausgelassene Zinsen und Zinseszinsen kommen dürften. Demgegenüber beträgt das beschlagnahmte deutsche Eigentum etwa 350 Millionen Dollar, übertrifft also die amerikanischen Ansprüche, so daß sich die Zurückhaltung als eine Ungerechtheit darstellt.

Welschhoff lehrt nicht Verstand, Geist, Einsicht haben.

Neue politische Literatur

Nach verlorenen Kriegen und Staatsumwälzungen ist regelmäßig ein starkes Anwachsen der Reminiscenzliteratur zu beobachten. Die Gründe dafür liegen so offensichtlich auf der Hand, daß sie nicht weiter erörtert zu werden brauchen. Eine solche Erscheinung ist das Ueberwachen der Veröffentlichungen, deren Verleger zum vorläufigen Regime mehr oder minder in Opposition gestanden haben. Soweit es sich nicht um Enthüllungen handelt, sind es zumeist Rechtfertigungen des früher vertretenen Standpunktes. Neben Richtungen ist aber das eine gemeinsam, daß sie übermäßig subjektiv gehalten sind. Daraus ergibt sich die kritische Einstellung des Lesers von selbst, auch für den Fall, daß er an sich mit den Anschauungen des Verfassers sympathisiert. Dennoch wird man auch diese politischen Rechtfertigungen der jüngsten Zeit als Baumaterial ansehen dürfen zu dem großen Erkenntnisgebäude der Geschichte der letzten 25 Jahre.

Aus der Fülle der leider viel zu vielen Veröffentlichungen seien einige herausgehoben, die mehr als nur Tagesinteresse verdienen. Da sei zunächst auf die Erinnerungen des Prinzen Alexander von Hessenlohe verwiesen, die unter dem Titel „Aus meinem Leben“ im Verlage der Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H. Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. erschienen sind. Man wird diese Erinnerungen nur mit zwiespältigen Gefühlen lesen können. Selbstverständlich hat der Sohn des Reichskanzlers Childowig von Hohentahle-Schillingen-Wieses und Hessenslohe zu erzählen, besonders aus der Zeit, als sein Vater Statthalter in Moskau-Verträgen und deutscher Reichskanzler war. Naturgemäß heißt es als Sohn eines mediokrinen Büchsenbauers mit vielfältigen internationalen Beziehungen und als vertrauter Mitarbeiter und persönlicher Adjutant seines Vaters Gelegenheiten, tiefe Einblicke in das politische Getriebe und in das Handeln der waldelminischen Zeit zu tun. Mit rückhaltloser Offenheit berichtet er sich über die Persönlichkeiten, denen er dort begegnet ist, und über die Verhältnisse, die ihm dabei aufgetaucht sind und die schon lange vor dem Kriege in ihm die Ueberzeugung weckten, daß die Dinge einer Katastrophe entgegenstrebten. Ueber den Kaiser, dem Prinz Hohentahle direkt und indirekt oft nahegekommen ist, weiß er manches zu erzählen, und es fallen scharfe Schlaglichter auf den Charakter wie das Handeln dieses Monarchen in dem Maß für den Verfall des „Schicksal Deutschlands“ verfaßt. Der Verfasser führt schon zu Recht den Zusammenhang der „Note Prinz“ wegen seiner liberalen und freien Anschauungen. Zugaben, daß er sich von vielen Vorurteilen seines Vaters freigemacht habe. Leider ist er aber das Opfer der Vorurteile jener demokratischen und sozialistischen Kreise geworden, die sich um den Begriff „Frankfurt“ gruppieren. So wurde er schließlich ebenso einseitig, wie es die Anschauungen jener Kreise waren, von denen sich freizemachen zu haben ihm sonst zum Rabe angerechnet wurde. Die Art seiner Kritik ist manchmal verkehrt und ungerichtet. Dagegen erhebt sich, was er über die Kaiser-Verträge zu sagen hat, richtig gesehen, und schon aus diesem Grunde verdient das Werk die Beachtung des Lesers.

Ein Gedenktag für Dr. Stresemann und die D. V. P.

Berlin, 13. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Herr Dr. Stresemann, der heute auf eine zweijährige ununterbrochene Ministerkarriere zurückblicken kann, widmet heute die „Nationalliberale Korrespondenz“ einen Aufsatz, in dem sie u. a. ausführlich: „Mit jenem 13. August 1923 hat der Wendepunkt nachrevolutionärer Entwicklung im deutschen Vaterland begonnen. Damals war der passive Widerstand im Rußkampf zusammengebrochen, die deutsche Währung vor ins Greuzenlose gesunken, die Reichseinheit stand nur noch auf dem Papier, der endgültige Stieg Bolschewismus war zum Greifen nahe.“ Sie fährt dann fort: „Und heute? Einzig steht die Einheit des Reiches unserer Wäter, und weiter: das Ruhrgebiet ist vom Feinde frei gemorden. Die neue Währung wurde geschaffen, die Reichsfinanzen sind geordnet und in der Währungsfrage ist ein Kompromiß geschlossen. Der Reichstag konnte daran gehen, in der Sozial- und Steuerpolitik Gesetze zu schaffen, die auf 19 Jahre hinaus die Grundzüge bilden. Der Kommunismus ist durch die Befestigung der innerdeutschen Verhältnisse in seiner Weidkraft gelähmt. Große Parteien, die vor zwei Jahren in schärfster Opposition zur Reichspolitik standen, sind zur Mitarbeit bereitgegangen. Die Wohl Hindenburg hat im besten Sinne beruhigend auf das Inn- und Ausland gewirkt. Deutschland ist wieder ein Faktor in der Welt. Daß dem so ist, dafür dürfen sich die Deutsche Volkspartei und ihr Führer ein wesentliches Verdienst zurechnen. Die Wendung zum Besseren war aber möglich, weil Stresemann lediglich von dem großen Gedanken befeuert, das Reich zu retten, ohne jede Rücksicht auf sich und die Partei, vor keiner Unpopulärität zurückgeschreckte und auch die arbeitswilligen Kräfte nahm, wo er sie fand. Er hat vor zwei Jahren die großen Koalition geschaffen und ist ebenso für die Einbeziehung der Deutschen in die Regierung und in die Verantwortung eingetreten.“

Das neue Arbeitsgerichtsgesetz

Der neue Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes ist dem Reichswirtschaftsrat zugewiesen worden. Er schließt wesentliche Änderungen vor. Zunächst ist die Errichtung von Arbeitsgerichten für das gesamte Reich vorgesehen. Die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts soll nicht mehr von der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes abhängig sein; während bisher Angestellte und Arbeiter, die mehr als 5000 Reichsmark Jahresverdienst bezogen, nicht mehr vor dem Reichsarbeitsrat bzw. Gewerbegerichten sitzen konnten, soll diese Beschränkung weichen. Die Arbeitsgerichte sollen auch nicht mehr ausschließlich für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus dem Arbeitsverhältnis zuständig sein, sondern auch für bürgerliche Streitigkeiten aus Tarifverträgen zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgeberorganisationen und für bürgerliche Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern untereinander aus gemeinsamer Arbeit. Auch die Streitigkeiten aus dem Betriebsratgesetz, der verschiedenen Sonderbestimmungen und dem Reichsversicherungsrecht, sollen den Arbeitsgerichten übertragen werden.

Der Streit um die Angliederung ähnlicher arbeitsgerichtlicher Angelegenheiten an die ordentlichen Gerichte ist durch ein Kompromiß gelöst worden. Es ist vorgesehen, daß die erste Instanz der Arbeitsgerichte als selbständige Gerichte für den Bezirk eines Amtsgerichts geschaffen wird. Die zweite Instanz, die Landesarbeitsgerichte, soll dagegen an die Landgerichte und das Reichsarbeitsgericht als dritte Instanz an das Reichsgericht angegliedert werden. Grundsätzlich sollen die Arbeitsgerichte mit ordentlichen Richtern und je einem Beisitzer aus Arbeitnehmern und Arbeitgeberkreisen besetzt sein. Die Besetzung mit ordentlichen Richtern ist aus Gründen der Rechtssicherheit zu begründen. Es wird dadurch ermöglicht, daß die ordentlichen Richter in hohem Maße mit arbeitsrechtlichen Fragen vertraut sind.

Eine wesentliche Besserung ist die Errichtung einer dritten Instanz, des Reichsarbeitsgerichts, die stark zur Vereinheitlichung der Rechtsprechung auf arbeitsrechtlichen Gebiet beitragen wird. Die Rechtsprechung und gegenständliche Rechtsprechung über Zweifelfragen und grundsätzliche Streitigkeiten aus dem arbeitsrechtlichen Gesetzen ist auf die Dauer nicht trostbar.

Ein eigenartiges Testament. Der kürzlich verlebte Reichsmarschall Frensch hat ein eigenartiges Testament hinterlassen, da er keinen langjährigsten Abkömmling zum Unverlieren seines persönlichen Vermögens einsetzte. Seine im vorgerückten Alter lebende Witwe konnte kein 20-jähriger Sohn und keine Tochter finden, damit vollständig enterbt.

Im gleichen Verlag sind die Erinnerungen Conrad Haumanns erschienen. Sie führen den Titel „Schlaglichter“ und enthalten Reichstagsberichte und Aufzeichnungen des bekannten württembergischen demokratischen Politikers, die sein Freund Dr. Ulrich Jeller herausgegeben hat. Das Buch umfaßt die Zeit vom Ausbruch des Weltkrieges bis zum Appell-Aufsch 1920. Es gibt Aufschluß über bisher unbekannte Tatsachen, die dazu beitragen, manches bisher Unklare der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts plötzlich aufzuhellen. Auf mehr als 300 Seiten rollen 10 Jahre politischen Geschehens ab. Auch der politisch auf anderem Boden Stehende wird in diesem Aufzeichnungen vieles Interessante und Beachtenswerte finden.

Wichtigste ist die Uebersicht der fortschrittlichen Volkspartei führt das Buch des Chefredakteurs des „Berliner Tageblatt“, Theodor Wolff: „Das Volkspartei (Verlag für Kulturpolitik, München). Die inständige Befürchtung, daß es sich um eine Sammlung von Parteirhetorik handele, bewahrt sich als erfreulichem Irrtum. Auf der anderen Seite ist es aber auch kein Geschichtsbuch, obwohl es teilweise ganz neues Material enthält. Theodor Wolff bringt nämlich unbekanntes Material ans Licht und hat u. a. außerordentlich interessante Briefe ein, die Fürst Bülow an ihn gerichtet hat. Verfasser hat diesen Vorzügen oft in nächster Nähe beigewohnt. Er bietet die historische Darstellung überall durch seine eigenen Beobachtungen, auch hat er alle Fragen mit den führenden Staatsmännern und Diplomaten besprochen und sein eigenes Urteil an dem ihrigen nahegeprüft. Theodor Wolff hat während der Kaiserzeit Bülow, oft ziemlich heftig, fast alle Aktionen der deutschen politischen Welt bekämpft: die Marokko-Aktion, die Flottenbauten, die das Bündnis mit England veränderten, und das Hervortreten Deutschlands bei der Annexion Bosniens; er verurteilt in seinem Buch diesen Standpunkt und läßt an den politischen Ideen und Entwürfen des Fürsten Bülow sehr entschiedene Kritik. Ob dies richtig war, kann heute noch nicht entschieden werden. In einer Vorrede wendet sich der Verfasser mit äußerster Schärfe gegen die Versailles Schuldtheorie und gegen ihre Rechtsverdrängung; er fordert aber auch, daß überall die volle Wahrheit aus dem Dunkel hervorgehoben werde, damit die Völker aus ihren Fehlern lernen können. Wenn man sich den nötigen Abstand wahrt, kann man sich umso mehr dem Genuß der stilistischen und wahrhaft künstlerischen Intuition hingeben, die die Eigentümlichkeiten der Schreibweise Theodor Wolffs sind. Wenn der zweite demnachst erscheinende Band hält, was der erste verspricht, werden beide zusammen dem Geschichtsforscher zweifellos wertvolle Hilfsmittel erschließen.

In die Politik des Zentrums führen zwei Werke ein, die im Verlag der Germania N. G., Berlin O. L. erschienen sind. Der ehemalige Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Heinrich Kemmer, hat die Reden Josef Wirths während seiner Kanzlerzeit herausgegeben und zwar nicht nur die Reden vor dem Reichstag, sondern auch bei besonderen Gelegenheiten, die er öffentlich oder für die Öffentlichkeit bestimmt gehalten hat. Dr. Wirth gehört zu den unparteilichsten Veröffentlichungen der Gegenwart. Soweit man aus seinen Reden sich ein Urteil über ihn bilden kann, erscheint es möglich, eine Sammlung als Quelle zu besitzen. Waderechts führen sie in jene Reihen zurück, die nach unserer Auffassung mit die trübsten nach Krieg

Neuregelung des deutsch-spanischen Handels

Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber den Stand der deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen erfahren wir an zuverlässiger Stelle, daß, als unsere Delegation in Madrid die aus den Reichstagsverhandlungen bekannten Forderungen zum Teil auf spanischen Wein, Zigaretten, Apfelmöhlen usw. vor allem das Verlangen nach Restbegünstigung vortrug, die spanische Regierung nach einigen Tagen ein ziemlich weitgehendes Gegenangebot machte, das der deutschen Delegation eine genügend Grund für weitere Verhandlungen zu sein schien. Kurz darnach erklärten aber die Spanier, dieses Angebot nicht aufrecht erhalten zu können und begründeten es mit Schreibfehlern. Der wirkliche Grund für diesen Rückzug wurde indes bei den Verhandlungen nicht recht klar. Jedenfalls war die Note nunmehr so verfaßt, daß sich die deutsche Delegation genötigt sah, in Berlin neue Informationen einzuholen. Eine Entscheidung über unsere Gegenangebote zu dem herabgeminderten spanischen Angebot ist noch nicht eingetroffen. Von einem Abschluß der Verhandlungen kann, so erklärt man uns, nicht die Rede sein.

Der Handelsvertrag mit Amerika

Washington, 13. August. Die Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages durch den Reichstag hat in Washington die größte Befriedigung erweckt, da von verschiedenen Seiten der freudig Ausdruck gegeben worden war, daß die in dem Vertrag enthaltenen Schiffahrtsklauseln Deutschland den Anstoß geben würden, den in langwierigen Verhandlungen zwischen Washington und Hughes zustande gekommenen Vertrag zurückzugeben. Man bezeichnet es allgemein als vollkommen unwahrscheinlich, daß der auf Drängen des Senats in den Vertrag aufgenommenen Artikel betr. die Schiffahrtsklausel, von den Vereinigten Staaten angenommen werde, da sich von Wilson bis Coolidge bisher jeder Präsident geweigert hat, diese Vorbehalte anzuerkennen.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß Staatssekretär Kellogg in dieser Beziehung vollkommen die Ansicht seines Vorgängers Hughes teilt und seiner Handelspolitik nachzukommen beabsichtigt. Außerdem hat auch mit Ausnahme der Schiffahrtsklausel alle anderen Beschränkungen einmütig gegen die Annahme der Vorbehalte.

Die Ratifizierung des Vertrages ebnet den Weg für den Abschluß einer ganzen Reihe von Handelsverträgen, darunter den mit Polen, Spanien und den Niederlanden. Auch der Handelsvertrag mit Island, der im nächsten Jahr abzuschließen wird, wird in diesem Jahr erneuert werden.

Letzte Meldungen

Die Räumung der Sanftionsstädte

Essen, 12. Aug. Nach Mitteilungen von belgischer Seite wird Duisburg vom 18. August ab geräumt werden. Die Räumung Düsseldorf findet, wie jetzt von der Befehlung mitgeteilt wird, in der Zeit vom 21. bis 29. August statt.

Die Inphuserkrankungen

Berlin, 13. Aug. (Von unserm Berliner Büro.) In Antwerpen sind gestern 4 neue Inphuserfälle gemeldet worden, so daß sich die Zahl der Inphuserkranken auf 260 erhöht. Davon sind im Laufe weniger Wochen 28 Personen gestorben. Die Verbreitung der Seuche ist dadurch begünstigt worden, daß in Antwerpen keine Quarantäne besteht. Am häufigsten traten die Erkrankungen in den Familien des Mittelstandes auf, wo kollektiv gegessen wurde. Die Straßen und Höfe der Stadt sind mit Chloralkali und Sapon desinfiziert worden. Die Behörden haben Taus und alle Festlichkeiten verboten. Das Schützenfest und die Verlobungsfeier konnten nicht stattfinden.

Die Murgelsteine

Jansbrück, 13. Aug. Dieser Tage wurde durch niederländische Schiffe und Getreidemöhlen die Straße auf dem Uferberg verfrachtet, wobei der gelamte Bogenverleber gelistet ist. Auf der Wittenwald-Bahnstraße in der Nähe von Siedel sind gestern nachmittags ebenfalls größere Schiffe und Getreidemöhlen niedergegangen. Der am Römischen den Ort polsternde Murgelstein Schwellung führt mit voller Geschwindigkeit in die Murgelstein. Die Lokomotive und der erste Gepäckwagen stürzten in den Turmbruch. Die übrigen Wagen wurden teilweise zur Anpreisung gebrochen.

Ausbruch eines Vulkans

London, 13. Aug. Nach einer Meldung aus Kuba ist ein unterirdischer Vulkan in der Nähe der Insel Santorin, der seit dem Jahre 1896 ruhig war, wieder ausgebrochen.

und Resolution gewesen sind. Sympathisch begrüßt die verhältnismäßig objektive Zusammenfassung und Würdigung der Regierungstätigkeit Wirths durch den Herausgeber.

Weiter läßt sich das nicht mit dem gleichen Maße von dem Buch Dr. Karl Spielers, des Pressescheffs der Regierung Wirth folgen, der die Reden und Auslassungen des Reichskanzlers Dr. Wirth unter der Bezeichnung „Ein Jahr Wirth“ zusammengefaßt hat. Die Schrift wird zwar nicht polemisch sein, und keine Apologie oder gar Apologetik darstellen. Dennoch weilt der Untertitel „Die Regierung Deutschlands“ darauf hin, daß ihr mehr oder minder doch eine Tendenz innewohnt, die wir nicht unerwähnen können. Deshalb kann auch dieses Werk nur als Quellensammlung angesehen werden.

Zum Schluß sei noch auf das Werk verwiesen, das zur Zeit im Mittelpunkt der kritischen Behandlung steht. Kronprinz Wilhelm nennt sein Werk „Ich suche die Wahrheit“, ein „Buch zur Kriegsschuldfrage“ (Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachf. Schwabert und Berlin). Das größte Verdienst dieser Publikation besteht darin, daß der Verfasser Schritt für Schritt anknüpft gegen die Schuldtheorie und insbesondere die Schuldtheorie, auf denen der Versailles Vertrag ruht, die ganze Wahrheit und Unhaltbarkeit seiner Voraussetzungen auf Grund aller möglicher Darlegungen nachweist. Tief zurückgehend bis in die Tage vor der Schöpfung des Reiches weist der Kronprinz nach, wie weit von deutscher Seite keine andere als eine reine Friedenspolitik betrieben wurde und wie demgegenüber auf der Seite unserer westlichen Nachbarn der Gedanke einer Demütigung Deutschlands niemals zum Greifen kam. Damit ist Punkt der gegen Deutschland gerichteten Beschuldigungen wird von dem Kronprinzen angegriffen und in das Licht der Wahrheit gestellt, wo deren Strauß die Unhaltbarkeit der gegen Deutschland gerichteten Anschuldigungen behauptungen offenbart. Der Kronprinz erweist sich zweifellos als in seinem neuen Werk als ein gründlicher Kenner des gesamten historischen und Alltagsmaterials, und seine Veröffentlichung ist eine Reihe bisher unbekannter Tatsachen zur Geschichte des letzten Jahrzehntes eingetrent ist, läßt sich wie eine fundierte und sorgfältig geprüfte historische Darstellung und gegenwärtige Angelegenheiten, die sich am Ende zur Schöpfung des schmerzhaften Nachweises aller Zeiten des Versailles Vertrages zusammenfassen. Das neue Buch des Kronprinzen verdient nicht nur an alle Deutschen, denen es zum ersten Male eine Uebersicht über die Dornen der deutschen Friedenspolitik bietet, es verdient sich auch an das gesamte Ausland. Es ist dem Kronprinzen gelungen, den Schein einer dynastischen Verbindung zu vermeiden. Er steht sich im Gegenteil nicht wiederholt die Verhältnisse und Fehler seines Vaters ausgeben. Das Buch ist auch nicht von einem Geschichtswissenschaftler, sondern ist das Ergebnis einer kritischen Arbeit und will lediglich den Beiträgen helfen, die die Schuldfrage bekämpfen. So ist der Kronprinz in diesem Fall ein wertvoller Mitarbeiter für das Reich Deutschlands, zugleich aber auch ein Sekundant, der durch seinen Namen und seine Person, der Sache, der er dienen will, erhöhten Nachdruck verleiht. Deswegen verdient das Buch in die Hand eines jeden Kampfers in der Politik gegen die Weisheit von Versailles.

Wirtschaftliches und Soziales

Die Lage im Pforzheimer Schmudgewerbe. — Vor einer neuen Ausspeccung?

Nach dem „Pforzh. Anzeiger“ droht sich die Lage im Pforzheimer Schmudgewerbe zu verschlechtern. Der hiesige Arbeitgeberverband erlöst heute in den Zeitungen einen Aufruf an die Arbeiterorganisationen, in der es heißt, daß der Arbeitgeberverband seine in Berlin eingegangenen Verpflichtungen zur Beendigung des Streiks lokal erfüllt habe, daß aber die Gewerkschaften vertragsbrüchig geworden seien, indem für einen Teil der Arbeiter ganz neue Lohnforderungen von 20 Prozent gefordert würden und auch ferner durchgängig auf Erhöhung der Löhne bestanden werde. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, das vertragswidrige Verhalten aufzugeben. Wenn die Donnerstag früh die Arbeit nicht restlos in sämtlichen Betrieben aufgenommen ist, kündigt der Arbeitgeberverband die gesamte Ausspeccung der Arbeiterkraft an. Der Arbeitgeberverband hat auch gleichzeitig ein Telegramm an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, in dem über die gegenwärtige neue Lage berichtet wird und sich weiter mit einer Erklärung an die Bevölkerung gewandt.

• In der Handels-Hochschule Mannheim beginnt das Wintersemester am 2. November. Das Vorlesungs-Verzeichnis ist jedoch erschienen. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen. Sprachkurse sind vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch.

• Leidenstüßung. Dienstag nachmittag wurde die Leiche des am Sonntag beim Baden im Rhein ertrunkenen 12 Jahre alten Volksschülers Robert Starnd bei Am. 242 gelandet und nach dem Friedhof in Rheinau verbracht.

• Lebensmüde. Dienstag abend versuchte ein 53 Jahre alter Arbeiter in der Redarstadt durch Versetzen der Pulsadern sich das Leben zu nehmen. Er wurde in das Allgem. Krankenhaus überführt. Grund zur Tat unbekannt.

• Zusammenstoß. Gestern vormittag stießen Ede Liebfrauen- und Hauptstraße in Heidenheim ein Kohnenfuhrwerk und ein Materialwagen der Straßenbahn zusammen, wobei letzterer stark beschädigt wurde. Personen erlitten keinen Schaden. Wen die Schuld trifft, muß die Untersuchung ergeben.

• Radlerunfälle. Gestern nachmittag stießen Ede Kirchen- und Hasenstr. ein Radfahrer und eine Radfahrerin zusammen. Verletzungen trugen sie sich keine zu. — Beim Ueberqueren der Breitenstraße beim Marktplatz wurde gestern nachmittag eine 45 Jahre alte

Schrift. Heinrich Reen, Bt. Q 2, 21. — In der Nähe des Marktplatzes ein kleiner vierstöckiger Reiterwagen mit gelbem Anstrich. — Vor dem Hause Berberich, 54 ein gelbgefarbter Hydrantenbedel, oval, 26 mal 22 Zm. groß.

• Festgenommen wurden 23 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter ein Arbeiter wegen Erregung öffentlichen Argernisses.

• Arbeitsjubiläum. Herr Heinrich Ungeloch, S. 4. 1. feiert heute sein 25 jähr. Arbeitsjubiläum bei der Firma Wolf u. Horn, Kaffee-Import- u. Kolonialwaren-Großhandlung, C. 7, 16/17.

• Das Fest der Altkernen Hochzeit feiert am morgigen Freitag Herr Wilhelm Schmidt, Werkmeister, mit seiner Ehefrau Dina geb. Schäfer, Langstr. 9 wohnhaft.

Marktbericht

Nachdem die Obstpreise in den letzten Wochen sich auf einer sehr unerschwinglichen Höhe gehalten, trat heute erfreulicher Weise eine Preisermäßigung ein, die die Hausfrauen zu großen Einkäufen veranlaßte. Die Ursache dieses Preisrückganges war auf das übergroße Angebot von Obst und Gemüse zurückzuführen. Gurken und Bohnen beherrschten heute die Marktlage. Bohnen behaupteten ihre Preise, die vielleicht in den nächsten Wochen noch weiter in die Höhe steigen werden. Dagegen sind die Preise für Gurken, insbesondere für Einnachgurken, wesentlich gefallen. Wer sich daher mit Gurken zum Einnachen noch nicht versehen hatte, der benutze heute die Gelegenheit, zumal die Auswahl sehr groß und die Preise angemessen und erschwinglich waren. Der Konsument, der mit den auswärtigen Marktfrauen etwas zu „handeln“ verstand, der kam noch besser und billiger weg als die offizielle Preisnotierung feststellte. Weiß- und Rotkraut, Wirsing, Solate und Tomaten waren wie immer begehrte Marktware. Der Absatz hierin war ebenfalls sehr gut, da das Gemüse durchweg um einige Pfennig billiger als am Montag war. Soweit wir während der letzten Marktbesuche feststellen konnten, wird deutschem Gemüse allgemein der Vorrang vor ausländischer Ware gegeben.

Die Stimmung auf dem Markt zeigte sich am besten in der regen Kaufkraft, die bereits schon heute früh einsetzte und bis zum Schluß des Marktes anhält. Manche Hausfrau hatte schwer an ihrem Marktford zu tragen, der heute zur Freude der Kinder auffallend viel Zwetschen enthielt, die schon von 15 Pfennig ab zu haben waren. Wer aber 20 Pfennig für das Pfund bezahlte, wurde gut bedient und bekam eine vorzügliche Ware. Allerdinge konnte man schon um 10 Pf. ein Pfund haben; wer aber dann die Grimaßen und die verzerrten Gesichtszüge beim Kosten beobachtete, der hätte von dieser Sorte schon genug. Birnen, Äpfel, Mirabellen und Trauben haben in ihren Körben recht verlockend und verführerisch ausgesehen. Da auch bei diesen Artikeln die Verkaufspreise nachgelassen haben, so wurde hierin entschieden mehr als das letztemal umgelegt. Die reichlich zugeführten Kartoffeln fanden zu 50 Pfennig für 10 Pfund sehr viele Käufer. Auf der Geflügelbörse standen heute früh zwei schöne Truthühner zum Verkauf; Liebhaber wollten sich jedoch keine einstellen. Tauben wurden anscheinend heute bevorzugt. In Fische nimmt die Zufuhr nicht ab und auch nicht zu. Flüßfische waren viel, Seefische dagegen weniger angeboten.

Aber teine Freude ist ungetrübt. Diese Erfahrung ließ sich auch auf dem heutigen Markttag machen. Wer zu den Eierverkäuferinnen pilgerte, erlebte die erste und wer zu den Butterverkäuferinnen kam, die zweite Enttäuschung. Hier haben die Preise nicht nachgelassen, sondern straff angezogen. Es wurde festgestellt, daß an einem Stand sogar für ein Ei 19 Pfennig verlangt wurde. Butter ist von Mt. 2.50 auf Mt. 2.60 gestiegen. Zwischen der 11. und 12. Stunde herrschte auf dem Markt noch ein starrer Verkehr.

Nach den Feststellungen des Städt. Nachrichtenamts verstehen sich die Preise, wo nichts anderes vermerkt ist, in Pfennig pro Pfund. Kartoffeln, neue, im 5-9; Bohnen, grüne, 20-35; Bohnen, gelbe, 25-35; Bohnen, bärre, weiße und bunte 30-35; Wirsing 15-20; Weißkraut 10-15; Rotkraut 14-16; Blumenkohl, Stück 20-30; Kohlraben, Stück 6-12; Karotten 12-20; gelbe Rüben 10-12; rote Rüben 12-15; Erbsen, bärre, 25-30; Kohlrabar 10-15; Zwiebeln 12-15; Knoblauch, Stück 10-15; Kopfkohl, Stück 10-25; Endivienkohl, Stück 5-20; Meerrettich, Stück 20-150; Rettiche, Stück 5-20; Tomaten 20-30; Solatgurken, Stück 3-20; Solgurken, Stück 1-2; Einnachgurken, Stück 0,7-1,4; Pfefferlinge 40-50; Johannisbeeren 30; Himbeeren 60-65; Brombeeren 40-70; Mirabellen 35-50; Edelstirische 60-120; Zwetschen 10-20; Äpfel 25-60; Birnen 30-80; Kollobit 6-12; Orangen, Stück 15-30; Zitronen, Stück 3-15; Schrahmbutter 220-260; Danbutter 200-220; weißer Käse 40-50; Honig mit Glas 100-180; Eier, Stück 10-19; Sole 180-200; Hechte 180; Karpfen 180; Brelem 80-120; Warden 120-140; Rabelhan 50; Schellfische 40-50; Bodfische 50-60; Hahn, lebend, Stück 150-350; Hahn, geschachtet, Stück 200-700; Huhn, lebend, Stück 150-350; Huhn, geschachtet, Stück 200-700; Enten, lebend, Stück 400; Enten, geschachtet, Stück 450-700; Tauben, lebend, Paar 250; Tauben, geschachtet, Stück 100-120; Gänse, lebend, Stück 700; Gänse, geschachtet, Stück 700-1300; Rindfleisch 120; Kalbfleisch 140; Schweinefleisch 140; Hammelfleisch 120; Gefrierfleisch 66. ch.

Die Miete für gewerbliche Räume

Von der Städt. Nachrichtenstelle Heidelberg wird uns geschrieben: Nach der Anordnung des Ministers des Innern v. d. 29. Juli d. J. beträgt die gesetzliche Miete für die gewerblichen Räume, die weder Teile einer Wohnung noch zusammen mit Wohnräumen vermietet sind, 100 Proz. der Friedensmiete. Es war nun nicht klar ersichtlich, welche Mieten die Inhaber von gewerblichen Räumen, die diese neben den Wohnungen gemietet haben, zahlen sollen. Es sind dies meistens Ladeninhaber mit ansehnlicher Wohnung, bei denen der Mietzins meistens einheitlich (für Laden und Wohnungen) festgesetzt ist. Das Mietleistungsgesetz hat auf eine entsprechende Anfrage bei dem Ministerium des Innern folgende Auskunft erhalten:

Wenn nur ein Mietvertrag über die Wohnung und die gewerblichen Räume zusammen abgeschlossen ist, oder die gewerblichen Räume ein Teil der Wohnung sind, beträgt die gesetzliche Miete 84 v. H. der Friedensmiete. Nur wo gesonderte Mietverträge über die gewerblichen Räume bestehen oder diese nicht Teile einer Wohnung sind, beträgt die Miete hierfür 100 v. H. der Friedensmiete. Im Uebrigen bleiben die bisher für gewerbliche Räume festgesetzten Zuschläge, soweit sie einschließend der gesetzlichen Miete 100 v. H. der Friedensmiete nicht übersteigen, in Geltung. Würde die gesetzliche Miete mit Zuschlägen dagegen über 100 v. H. hinausgehen, so verbleibt es bei den 100 Proz.

Es beträgt demnach die gesetzliche Miete für die nur gewerblichen Räume (Fabrikräume, Laden ohne Wohnung usw.) 100 Prozent der Friedensmiete, für die gemischten gewerblichen Räume (Laden mit Wohnung, gewerblich ausgenützte Teile einer Wohnung) dagegen 84 Proz. zusätzlich der leiherrigen Zuschläge für die gewerblich ausgenützten Räume. Kommt der so errechnete Hundertsatz auf über 100 Proz., so sind nur 100 Proz. der Friedensmiete zu zahlen.

• Die Gesundheits- der deutschen Großstädte hat sich in der Woche vom 12. bis zum 18. Juli gegen die Vormoche insofern etwas verschlechtert, als die Zahl der Dte, mit steigender Sterblichkeit von 21 auf 25 emgewachsen, die der mit fallender aber von 22 auf 16 zurückgegangen ist. Sie liegt in ganz Berlin auf 1000 Einwohner und aufs Jahr ohne Ortsfremde berechnet auf 9,7. Mit-Berlin 11,6, Köln 10,1, Essen 10,2, Düsseldorf 8,3, Duisburg 9,5, Gelsenkirchen 13,1, Homborn 8,9, Witten a. d. R. 10,6, München-Gladbach 9,4, Münster i. W. 10,8, Oberhausen 13,2, Hamburg 9,4, Stettin 10,9, Kiel 9,1, Magdeburg 11,1, Braunschweig 11,9, Erfurt 12,9, Leipzig 9,9, Chemnitz 10,8, Frankfurt a. M. 8,9, Wiesbaden 11,3, München 11,4, Nürnberg 9,9, Stuttgart 9,5, Saarbrücken 7,5. Sie blieb gleich in Greifsw. mit 10,8, Altona 6,8, Ludwigshafen 4,8 und Augsburg 9,0. Sie fiel in Neu-Berlin auf 7,9, Dortmund 5,8, Elberfeld 7,4, Bochum 7,8, Wachen 9,8, Quer 5,6, Bremen 6,7, Rönigsberg i. Pr. 7,4, Albst. 9,1, Breslau 11,0, Hannover 9,9, Halle a. S. 9,2, Gießen 5,9, Dresden 7,7, Mannheim 8,1, Karlsruhe 5,0, Mainz 10,3.

Die Kulturschande der Austreibung

Von den Polen angetriebene deutsche Familien haben in dem Grenzort Schneidemühl vorläufig primitive Unterkunft gefunden



Ein Kochherd für 15 Familien



Das gemeinsame Nachtlager auf Stroh

Städtische Nachrichten

Schweres Autounglück

Ueber das Autounglück, das sich gestern abend bei Särlesheim ereignete, ist nach folgendes mitzutellen: Das Automobil, ein alter Daimler Hanlawagen, sollte für eine Schwelkreuze erprobt werden. Vom Lenker der 39 Jahre alte Fabrikmeister Dena und Direktor Dürr von der Fa. Wopp u. Reuther, im Rücken die beiden erwoachsenen Kinder des Herrn Dürr, Sohn und Tochter. Auf der Fahrt zwischen Särlesheim und Lobenzburg wurde aus Versehen der am nicht fahrende Rückweg einmündeten, der von Automobilen nicht bedrängt werden darf. Man nimmt an, daß der Fahrer — Direktor Dürr soll gesteuert haben, — als er den Vertum bemerkte, den Wagen zu schnell herumzulenken hat. Da die Vorderräder in das anstehende weiche Ackerfeld gerieten und die beiden Vorderreifen platzen, überhitzte sich der Wagen. Während die letzten Leute, die ins Ackerfeld geschleudert wurden, mit dem Schrecken davonkamen, versetzten Direktor Dürr und der Fahrmeister unter den schweren Wagen. Direktor Dürr hat Querschnittsverletzungen an der rechten Schulter davongetragen. Die Verletzungen sind nicht so schwer, daß wie anfänglich angenommen, Lebensgefahr besteht. Dagegen ist der Fahrmeister Dena so schwer verletzt, daß an seinem Überleben zweifelhaft wird. Als wir im Laufe des Vormittags im hiesigen Krankenhaus, wohin die beiden Verunfallten transportiert wurden, Erkundigungen einholten, war Dena noch bewußtlos. Er hat eine schwere Gehirnerschütterung und einen Schädelbruch davongetragen.

Der Sohn des Herrn Dürr konnte nach der Anbringung neuer Reifen den Wagen, an dem nur noch die Schwelkreuze zertrümmert waren, nach Mannheim steuern. Der lebensgefährlich verletzte Fahrmeister Dena ist verheiratet und seit Januar bei einer hiesigen Kraftfahrzeugversicherung angestellt. Der Wagen war dort nachgelesen worden und sollte nun gestern abend auf seine Überfallsfahrt für mehrere Touren bei der es auch Eisenbahnen zu überwinden abt, erprobt werden.

Frau von einem 18 Jahre alten Radfahrer angefahren, zu Boden gemorren und verletzt. Sie wurde mit einem Auto in ihre Wohnung verbracht. — Gestern nachmittag stießen Ede Schimper- und Mittelstraße ein Personkraftwagen und ein Radfahrer zusammen, da beide die nötige Vorsicht außer Acht ließen. Der Radfahrer wurde einige Meter weit geschleift, trug aber keine Verletzungen davon.

• Eine Verkehrsstörung entstand gestern abend auf dem Redarauer Uebergang dadurch, daß an einem mit Eisen beladenen Fuhrwerk ein Rad brach. Mit Hilfe des Reparaturwagens der Städt. Straßenbahn konnte der Fuhrmann ein anderes Rad aufstecken und seine Fahrt fortsetzen. Da um 8.13 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr trat nicht in Tätigkeit. Da der Wagen auf dem Gleise der Straßenbahn liegen blieb, entstand eine Verkehrsstörung von etwa 25 Minuten. Der Betrieb der Straßenbahn wurde während dieser Zeit einseitig weitergeführt.

• Eigentümer gesucht. Bei der Kriminalpolizei Schloß, Zimmer 73, befinden sich 5 Herrenfahräder, die in letzter Zeit hier aufgefunden wurden und deren Eigentümer nicht bekannt sind. Marke „Darmstadt“, „Wifa“, „Perfekt“ und „Hestl“. Um sachdienliche Mitteilungen ersucht die Kriminalpolizei.

• Taschenblebstähle. Entwendet wurde am 9. August auf dem Hauptbahnhof aus einer Handtasche eine schwarzlederne Geldmappe mit 208 Mark Inhalt; am 8. August auf dem Marktplatz aus der Handtasche eines Händlers 5 Mark; am 6. August in der Gießerei eines hiesigen Metallwerkes eine braunsilberne Brieftasche mit 20 Mark Inhalt sowie Ausweisepapiere, auf den Namen „Adam Karl“ Rundenheim lautend.

• Anusgefährte Diebstähle. In letzter Zeit wurde u. a. entwendet: Aus einem größeren Pelzgeschäft etwa 80 Stück fertige Pelztragen und Stöckel, sowie 2 Pelzhüte in verschiedenen Pelzarten. — Von einem Personkraftwagen vor dem Hause P 4, 8 ein Alexander, aus Weiden geschickter Koffer mit 10 Kg. Blättertabak. — Vor dem Hauptbahnhof ein vierstöckiger, noch fast neuer Handwagen, etwa 1,50 Meter lang und 80 Zm. hoch. — Vor dem Hause P 5, 2 ein weiß emaillierter Firmenstahl mit schwarzer Aufschrift: Franz Joss, sowie ein gelb angefarbener Firmenstahl mit der Aufschrift: Verkaufsstelle Ockram. — Aus einem beim Bahnhof Redarstadt liegenden Eisenbahnwagen 5 Kg. Seife. — Von einem Handwagen vor dem Bahnhof Redarstadt eine Wagenbede aus grauem Zellwoll, Größe 2,60/1,50 Meter, mit der Auf-

Aus dem Lande

Die feste Neckarbrücke Obrißheim-Diebesheim

Obrißheim, 12. August. Um der breiten Deffenlichkeit die Gelegenheit zu geben, sich über das Brückenprojekt Obrißheim-Diebesheim auszusprechen, hatte die Brückenausschuss eine Versammlung auf dem Sonntag hier im „Küster“ einberufen, die von zahlreichen staatlichen Gemeindevorstehern und anderen privaten Interessenten besucht war. Am Vorderrand stand die Verteilung einer Denkschrift über die Erbauung einer festen Brücke über den Neckar bei Obrißheim-Diebesheim. Die Frage einer Erstellung einer festen Brücke ist schon so alt wie die Schiffbrücke selbst. Bereits vor 100 Jahren zeigten sich Mängel und Nachteile. Das Befahren der Brücke mit über 60 Zentner Last war bei hoher Strömung verfallen. Die Verkehrsstörungen in den kalten Wintern 1887/88 und 1890/91, wo die Schiffbrücke wochenlang abgefahren war, behandelte jeden Verkehr über den Fluß. Eine Ausgabe an den Bundtag wurde schließlich beschließen, weil der Kostenaufwand von etwa 1/2 Million Mark die Erstellung einer festen Brücke nicht rechtfertigte. Die Sitzungen im Jahre 1907/08, wo die Brücke wochenlang im Eis lag, veranlaßten 18 Gemeinden des Bezirks in einer Petition Regierung und Landtage auf die bedeutenden Verkehrsbehinderungen hinzuweisen. Eine warme Fürsprache fand die Petition in der I. Kammer, wo insbesondere Herr Graf A. v. Helmstedt, der der heiligen Versammlung hochbetragte Anwartschaft, die Notwendigkeit einer festen Brücke in einer großen Rede betonte.

Die Verkehrsfrage über den Neckar bei Obrißheim ist der fähigste Weg, der die Pfalz und das badiische Mittel- und Unterland mit dem badiischen Hinterland bis Würzburg verbindet. Diese Vorteile der Straße haben dazu geführt, daß der Großhandel unterbadiens und der Pfalz seine Waren mit Kraftwagen seinen Kunden zuführt. Welche Steigerung der Verkehr gerade in der letzten Zeit genommen hat, zeigen die Zahlen des letzten Monats. Über 22.000 Personen, 6000 Kraftwagen und beinahe 1100 Kraftwagen passierten die Brücke. Das dem Bauplan der Neckarbrücke folgende die Leistung bei Obrißheim im Jahre 1920 in Angriff genommen werden. Bereits 1921 hat das Reichsministerium für die Reichsbrückenbauverwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß für die Großschifffahrt des Neckars die Schiffbrücke ein empfindliches Hindernis sein dürfte. In der letzten Zeit sind bei zu großer Belastung der Fußwege Beschädigungen des Unterbaus der Brücke vorgekommen, die sofortige Ausbesserung mit Brückensteine zur Folge hatten. Da an der Neckarbrücke außer Württemberg und Baden auch das Reich beteiligt ist und zu den Baukosten erheblich beiträgt, und weil die Brücke strategische Bedeutung hat, so ist es nicht unbillig, wenn das Reich zu den Baukosten etwa 1/2 und Baden 1/2 beisteuert. Die Mannheimer Baufirma Grün u. Hiltigert hat bereits ein vorläufiges Projekt hierzu ausgearbeitet. Es wird eine Eisenbetondecke mit 80 Meter Spannweite und 12 Meter Breite in Vorschlag gebracht. Die Erstellungskosten betragen etwa für Brücke mit Rampen und Abfertigung der Vorländer 700.000 RM., Befertigung der Schiffbrücke, Uebertragung und Ueberbrückung 200.000 RM. = 900.000 RM.

In der Aussprache, die sehr reger war, machte Herr Baurat Lehmann, als Vertreter der Wasser- und Straßenbauverwaltung Baden, die Mitteilung, daß die Oberbaudirektion Karlsruhe auf dem Standpunkt steht, daß die feste Brücke gebaut werden wird. Die Finanzierung ist bereits, sobald zu bauen, wenn die beteiligten Gemeinden nach dem Staat sich die Kosten übernehmen. Der Vorstand, Dr. Boulangier, Baden, verlas dann folgende, einmündig angenommene Entschließung: „Die unterzeichneten Vertreter des Wirtschaftslebens des badiischen Mittel- und Unterlandes badiischer Gemeinden und sonstiger Interessenten ersuchen den Bundtag und Regierung dringend, den im Interesse unserer badiischen Volkswirtschaft als unauflösbar erwiesenen Brückenbau im Zuge der Reichsstraße Nr. 4 bei Obrißheim-Diebesheim als Verbindung Pfalz (Obrißheim)-Baden alsbald zur Ausführung bringen zu wollen.“ Der Landesminister Bürgermeister Horn, Obrißheim, schloß mit Dank an alle die Versammlung.

Hände weg vom Höllental!

Der Landesverein „Badiische Heimat“ schreibt uns:

Wieviele Tausenden von begeisterten Wanderern, Einheimischen und Fremden, der Jugend und dem Alter, hat unser Höllental schon Erholung und Erquickung gebracht durch seine wunderbare Eigenart, durch seine Tonnen und grotesk schönen Fänge, seine Felsblöcke und Gruppen, durch die köstlich süßliche Luft, durch die taufrischen Bächelein und Quellen, durch seine auch im Sommer kaum verlassenden kleinen Wasserfälle, von denen der größere, der reizvolle Saatz des Alpersbachs, der auch von der Bahn aus sichtbar ist — das verlockend sein wird für immer, wenn nicht die ganze Höllentalbahn als unauflösbar erwiesener Brückenbau im Zuge der Reichsstraße Nr. 4 bei Obrißheim-Diebesheim als Verbindung Pfalz (Obrißheim)-Baden alsbald zur Ausführung bringen zu wollen.“ Der Landesminister Bürgermeister Horn, Obrißheim, schloß mit Dank an alle die Versammlung.

Die Flucht der Längerin Magda Sovany

Roman von Hermann Weid

(Nachdruck verboten.)

37) Edert stand wortlos auf der gegenüberliegenden Straßenseite. In fieberhafter Spannung blickte er zu Brestis Fenstern empor. Ein unverständlicher Laut kam von seinen Lippen, als sich droben plötzlich die Fenster erschließen.

Was er es also wirklich Brestis gewesen!

Ein Ruf ließ Edert heranziehen. Braunfels stand vor ihm. Klaus nies zum Fenster empor.

„Vor wenigen Minuten ist er gekommen!“

Braunfels ließ sich das Aussehen des Jünglers beschreiben.

„Glauben Sie, ihn am Tage wieder zu erkennen?“

„Eher nicht!“

„Ich habe ausgetastet, daß Brestis Arbeitstag am acht Uhr beginnt. Auf dem Wege zu seiner Fabrik möchte ich ihn abholen. Es wird also gut sein, wenn Sie spätestens um sieben Uhr hier sind, damit Sie mir den Mann bezeichnen können.“

„Haben Sie es für nötig, daß Sie für den Rest der Nacht noch hier wachen? Wir wissen ja jetzt, daß Brestis sich in seiner Wohnung aufhält.“

„Besser ist besser! Wer garantiert uns dafür, daß der Mann nicht während der Nacht seine Wohnung wieder verläßt oder daß nicht gar Murani der Sicherheit halber sich in der Nacht bei Ihnen einfindet? Nein, lieber spielen wir noch die paar Nachstunden, als daß Murani uns nochmals durch die Finger geht!“

Zur verabredeten Stunde fanden sich Edert und Grewen am nächsten Morgen bei Braunfels ein, der mit übermäßigem Gesicht in der Nähe von Brestis Haus stand.

„Hat sich etwas Besonderes ereignet?“ fragte Edert.

„Nein. Das Licht in Brestis Wohnung ist gleich nachdem Sie weggegangen waren, erloschen. Und während der ganzen Nacht hat kein Licht das Haus verlassen.“

Braunfels entwarf den Plan.

„Wenn Brestis das Haus verläßt, folgen wir ihm unmissbar. Sobald ich den rechten Zeitpunkt für gekommen erachte, werde ich ihn ansprechen. Sie beide halten sich bereit, um auf ein Zeichen von mir herbeizutreten.“

Es war in höchster Spannung.

Während schon hatten beide das Haus verlassen; Brestis war aber nicht unter ihnen gemeldet.

Grewen kam zu Edert, der in seiner Wunde stand.

„Du Braunfels hast nicht gesagt, daß Brestis um 8 Uhr keine Arbeit

hört, im Höllental genehmigt wird, dem der Alpersbacher Wasserfall vollständig zum Opfer fällt. Staubeten, Krotzbau, Leitungen mit unzähligen Wästen! Und das im Höllental! Daß der Bau des Wertes gewollt sich in dies enge Höllental zwängen und sich durch Sandsteinen, Felsprengungen, Abholzen u.ä. kaum schaffen muß, ist selbstverständlich.

Im Schwarzwald jammert man über den immer spärlicher werdenden Fremdenverkehr. Dabei ist alles am Wert, die noch vorhandenen landschaftlichen Schönheiten der Berge gründlich zu zerstören. Der Täter hat durch den Bahnbau und die bühliche Überbebauung fast jeglichen Platz eingebüßt. Der Bahnbau nach St. Blasien und das kommende Schlußwerk sorgen für die Zerstörung der Landschaft; das obere Höllental ist durch eine inzwischen liquidierte Bergbaugesellschaft verfallen. Die Täter um Romberg durch Eisenbahneisenbahn, die Zerstörung des Interesses einer Triostirma geopfert, dem Glacietal droht Gefahr durch ein Kraftwerk und über all diesen Kraftleitungen rücksichtslos über Berg und Tal, in den Wäldern durch breit ausgelegene Schienen fühbar. Und da wundern man sich noch, daß die Fremden, „das zahlende Publikum“, ausbleiben! Ja, glaubt man denn, daß viele kommen werden, um sich die Verschandelung unserer Heimat anzusehen? Sie werden selbstverständlich unberührte Gegenden in der Schweiz, in Tirol oder Oberbayern aufsuchen. Und wir haben dann einen industriellierten Schwarzwald, zu dem kein vernünftiger Mensch mehr hinreißt wird!

? Von der Berufsruhe, 12. August. Die Kohlräupen werden dieses Jahr eine lächerliche Plage für die Kohlplantagen im Garten und Feld. Es war bei dem sehr zahlreichen Anzuge des Kohlweins vorauszusetzen. Man hat zwar die kleinen gelben Eier pflanzlich abgetötet, konnte aber nicht leicht fertig werden. Nun kommt die Käupenbrut massenhaft unter den Blättern hervor und frisst diese bis auf den Stengel ab. Dazu werden die meisten Pflanzen noch demutet. Das darf nicht länger so endauern, wenn der Schaden nicht noch ärger werden soll. Die Schädlinge müssen unbedingt und alsbald radikal abgetötet (in eine Seibe und um) und sicher entfernt werden, sonst verurteilen sie sich noch und das schändliche Erleben der Schmetterlinge beginnt von neuem. Das Abtöten muß öfters und auch allgemein geschehen, um den Nutzen des Gemüsebaus zu sichern.

Aus der Pfalz

Eine Gladiolen-Ausstellung in Ludwigshafen

Ludwigshafen, 13. August. Im Rahmen der „Säga“ Ludwigshafen findet eine Sonderausstellung von Gladiolen statt. Die durch ihre Farbenpracht und die Schönheit der Sorten ganz besonders auffällt. Es sind nur wenige Sorten, aber diese in ausserordentlichen Exemplaren und in großen Mengen, „daß man sehr gut die Wirkung der einzelnen Sorten im Gesamtbild beurteilen kann. Sorten wie „Marshall“, „Amerika“, „Weiße Riesen“, werden immer ihren Wert als Blumen für den Garten und für das Haus behalten. Einen großen Teil der Sonderausstellung bilden die Grammatrus-Gladiolen, deren Hauptmerkmale in der Verwendung im neuzeitlichen Garten liegt. Der Gesamteindruck der Sonderausstellung entspricht den Erwartungen. Sie bot eine erfreuliche Überraschung in der Ausstellung, zumal in den Hallen infolge der Hitze zur Zeit wenig gezeigt werden kann. Die Sonderausstellung wurde von der Firma Fröhlich, Pfaffenheim, Sonderausstellung: Moorgut-Sonderausstellung, die auf ihren großen Kulturen die Ansätze von Blumenzweigen nach holländischem Muster schon seit langen Jahren betreibt. Die Gladiolen-Ausstellung kann als schönster und wertvollster Erfolg dieser Kulturen angesehen werden; die Arbeit stellt einen weiteren Schritt zum Ziele des deutschen Gartenbauers dar, die Unabhängigkeit von dem Auslande in jeder Beziehung zu erreichen. — Unter den Gladiolen-Ausstellern befindet sich auch die Stadtgärtnerei Ludwigshafen, die ebenfalls schöne Exemplare zur Schau gestellt hat. Es ist eine Brücke, die Gladiolen in ihrer vollen Blüte zu sehen und da sie nur noch einige Tage dauert, dürfte es sich empfehlen, die herrlichen Ergebnisse unserer heimischen Gärtnerei auf der „Säga“ in ihrer leuchtenden Schönheit zu bewundern.

Neulohd a. d. H., 13. Aug. Eine Häufung der Zwangsversteigerungen konnte man in der hiesigen Stadt und in den umliegenden Dörfern feststellen. Es handelt sich in der Hauptsache um kleine Gehöfte, die infolge geringen Wertes ihren Zahlungspflichten nicht mehr nachkommen konnten. Eine Beseitigung des Zusammenbruchs dürfte in vielen Fällen durch die hohen Steuern hinfällig haben. — Ein großes Angebot an möblierten Zimmern ist hier in den letzten Wochen zu beobachten, was seinen Grund darin hat, daß die in diese wohnenden Familien sehr mehr Zimmer als bisher vermieten, möge sie durch die Mietserhöhung auf 95 Prozent der Friedensmiete gezwungen werden. Aber auch die Hausbesitzer, denen die Mietzinserhöhung einen erheblichen Teil ihrer Wirtseinnahmen wegnimmt, schränken sich ein und vermieten einen Teil der Wohnung an Untermieter. Dieses starke Angebot an möblierten Zimmern dürfte wohl nicht von Dauer sein. Ein Preisrückgang in der Miete für möblierte Zimmer ist jedoch nicht zu erwarten, im Gegenteil, verschiedentlich ist eine Preissteigerung zu beobachten, was sich eben durch die starke Steigerung der Wohnungsmieten erklärt. Einfach möblierte Zimmer

100 Mark, besser möblierte 40 Mark. — Auf ein hohes Alter und auf eine reichliche Nachkommenschaft kann die Schenkermeister-Witwe Philipp Chresmann, geb. Leber, zu rühmlichen, die in voller Tätigkeit ihren 83. Geburtstag feiert. Das Familienjahr: 8 Kinder, 33 Enkel und 14 Urenkel!

Neulohd, 13. August. Im Mittwochs, den 19. August, findet in Neulohd eine Preisverlosung über Wohnwagen zur Behebung der Arbeitslosigkeit in der Pfalz unter dem Vorwort von Bürgermeister Kieckhof-Dubwiaschewski statt. An der Preisverlosung nimmt teil der von Berlin kommende Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Dr. Ennen.

Kaiserslautern, 13. August. Die hiesigen Zeitungen mitteilen, daß für kommenden Sonntag, den 16. August, wahrscheinlich ansehnliche Sanitätskolonnen insoweit teilweise eingereiteter westlicher Sanitätskolonnen verschoben werden. Auch die beschlossene große Übung in Verbindung mit der hiesigen Feuerwehr unterbleibt derzeit.

Nachbargebiete

Lampersheim, 13. August. Die frühere Sparstelle „Wies“ hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab, wobei beschlossen wurde, die alte kasernenartige Anlage wieder aufzunehmen. Aus etwa 140 anwesenden Anwesenden sollte man ein Grundrental festzusetzen, an Hand dessen man eine Aufwertung der Sparleistungen zu ermöglichen hofft. Man glaubt sogar, durch das Aufkommen weiterer Aufnahmen über die oekologische Aufwertung der Sparleistungen zu können. Man will mit dem nächsten Sparrat durch zwei Diener sofort beginnen.

Wiesbaden a. d. R., 13. Aug. In der Gegend von Wiesbaden haben sich etwa 25-30 Brandführer mit ebenbürtigen Wägen zu einem „Wägenzug“ eingefunden. Man sagt, daß sie in großen Schichten täglich bis zu 2 Zentner Kleingeld sammeln.

Wiesbaden, 13. August. Aus noch nicht aufklärter Ursache entstand in der im Westbayerischen Tote-Geheimen Chemischen Fabrik, in der Filialfabrik herbeiführt werden, eine Explosion mit nachfolgendem Großfeuer, das schwere Schäden anrichtete. Dabei sind auch mehrere Tote bei Brandunfällen zu beklagen. Der vier in der Fabrik beschäftigte junge Mädchen sind verbrannt. Aus den Trümmern wurden bisher vier bis zur Unkenntlichkeit zerstörte Frauenleichen geborgen. Außerdem wurden zwei Personen, die schwere Brandwunden erlitten hatten, nach dem Baulastentwurf gebracht werden. Der Besitzer erließ ebenfalls schwere Brandwunden und starb kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

Gerichtszeitung

Früh verstorben. Das Amtsgericht Schwelmen verurteilt gegen den 22 Jahre alten Hermann Schnabel von Schwelmen, der wegen Raubüberfalls in 9 Fällen und Unterschlagung in einem Falle angeklagt war. Schnabel wurde zu einem Jahre 6 Monate Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, verurteilt. Der Angeklagte hatte während des oben genannten Verfalls derart ausgenutzt, daß der alte Mann schließlich durch Selbstmord den Tod suchte.

Wahllocheren. Das Große Schöffengericht in Nürnberg verurteilte zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Nürnberg zu drei Wochen Gefängnis, die Verbreiter des Anstößigen zu einer Woche und einen weiteren Angeklagten zu fünf Tagen Gefängnis, weil die Beteiligten bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 Wahllocheren an den Wählerkarten hatten. Zwei Verurteilte hatten sich dazu anhalten lassen, Wahlkarten von erkrankten Wählern der Sozialdemokratischen Partei zur Ausfüllung der Wahl zu benutzen.

Weiternachrichten der Karlsruher Landeswetterwart

Beobachtungen badiischer Wetterstationen (7^{er} morgens)

Station	Temp. Luft	Temp. in 1 m	Temp. in 2 m	Temp. in 4 m	Temp. in 8 m	Temp. in 16 m	Temp. in 32 m	Wind	Wetter	Wolken	Windgeschw.	Windrichtung
Wiesbaden	16	15	14	13	12	11	10	SW	leicht	10	10	SW
Karlsruhe	17	16	15	14	13	12	11	SW	leicht	10	10	SW
Baden-Baden	16	15	14	13	12	11	10	SW	leicht	10	10	SW
Willingen	16	15	14	13	12	11	10	SW	leicht	10	10	SW
Freiburg	16	15	14	13	12	11	10	SW	leicht	10	10	SW
St. Blasien	16	15	14	13	12	11	10	SW	leicht	10	10	SW
Oberrhein	16	15	14	13	12	11	10	SW	leicht	10	10	SW

Der Hochdruckrücken, der gestern von Frankreich, Brandenburg wandert langsam nach Nordeuropa ab und bewirkt in Deutschland vorübergehend noch Fortdauer der bestehenden Witterung.

Voraussichtliche Witterung bis Freitag, 12 Uhr nachts.

Zellweise heiter, meist trocken, mäßig warm.

Das Zimmer, in das Brestis sie führte, machte einen behaglichen Eindruck. Brestis bot Edert und Braunfels Stühle an. Er selbst blieb stehen.

„Womit kann ich Ihnen dienen?“

„Wir bitten um Verzeihung, daß wir Sie so früh am Morgen belästigen.“ antwortete Braunfels. „Eine Gasse von Wiesbaden bringt uns über den Fluß.“

„Er machte eine kurze Pause; dann fragte er noch: „Sie kennen Herrn Murani, nicht wahr?“

„Einmal wie Sie mich in den Augen des Braunsens sah, nur für die Dauer einer Sekunde. Braunfels war es aber nicht eingegangen.“

„Murani?“

„Nein, ich kenne niemand dieses Namens.“ antwortete Brestis und machte ein überaus schüchternes Gesicht.

„Er leugnet. Also ist er ein nicht in Ordnung, dachte Braunfels. Bestimmen Sie sich, Herr Brestis! Vielleicht kennen Sie Herrn Murani doch. Er hat auch zuweilen den Namen Parnas geführt.“

„Mir sind beide Namen fremd.“

„Herr Murani hat mich aber doch wegen einer Auskunft an Sie verwiesen!“

„Ein überaus seltsames Gesicht über Brestis Gesicht.“

„Sie scheinen sich in der Wertsache geirrt zu haben, mein Herr.“ sagte er schüchtern.

„Ich glaube nicht. Herr Murani ist Wirtshaus wie Sie, aus diesem Grunde hat er mich ja an Sie verwiesen. Welche ist denn Ihre Adresse?“

„Ich kann nur wiederholen, daß ich einen Herrn Murani nicht kenne.“

Gespinnnt war Edert dem Gespräch der beiden geblieben. Brestis machte auf ihn einen günstigen Eindruck. Er war einladend, aber gut gefaltet, sein ganzes Benehmen ließ auf eine gute Erziehung schließen.

Braunfels hatte sich im Zimmer umgesehen. An einer Wand hing eine große Photographie eines Mannes. Er trat hinzu und betrachtete das Bild.

„Ah! Grewen! Dort hat Herr Murani früher auch einmal gewohnt!“

„Es er sich umwandte, gewahrte er, daß Brestis sich dem Fenster genähert hatte, durch das er geschnitten zur Straße hinab sah. Ein Aufmerksames, fleißiges Gesicht war in diesem Augenblick zu sehen.“

„In Frage hat Herr Murani mir gefaselt, mich an Sie zu wenden.“

„Ich habe an keinen Herrn Murani noch Frage geküßelt.“

„Braunfels blickte sich auf die Lippen. Dieser Kerl war aber, als er gehandelt hatte. Doch es dem kein Mittel, ihn zu überführen.“

(Fortsetzung folgt.)

